



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Stärkung des Schutzes von Beschäftigten im öffentlichen Personenverkehr vor Beleidigungen und körperlicher Gewalt

Stand vom 30.01.2025 08:52:13 bis 07.04.2025 08:04:22

Angegeben von:

Allianz pro Schiene e.V. (R000866) am 05.08.2024

Beschreibung:

Wir begrüßen das im Entwurf formulierte Ziel jene Menschen, die für das Gemeinwohl tätig sind, besser vor Angriffen zu schützen. Taten, die sich gegen solche Personen richten, sollen zukünftig ein erhöhter Unrechtsgehalt zugesprochen und damit verschärft bestraft werden. Als dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten werden in der Gesetzesbegründung beispielhaft sowohl verschiedene ehrenamtliche als auch berufliche Tätigkeiten genannt (Seite 12f). Die Allianz pro Schiene spricht sich dafür aus, in der Gesetzesbegründung sowie in § 115 StGB zusätzlich zu den bisher Genannten explizit auch Beschäftigte im öffentlichen Personenverkehr zu nennen.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12950 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie sonstigen dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (1)

Personenverkehr [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

StGB [alle RV hierzu]